

Ersteinst täglich
nachmitt. und Abends
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pfg.
vierteljährlich 1.50 Mk.
jährlich 5.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk.

Die „Halle“
Unterhaltungsblatt,
durch die Post nicht bezugbar,
kostet monatlich 50 Pfg.,
vierteljährlich 1.50 Mk.

Telephon Nr. 1047.
Telegraphen-Nr. 1047.
Postkassett Halle/Saale.

Volkswacht

Infektionsgebühren
betragen für die sanitären
Bedürfnisse über den Betrag
10 Pfg. für Wohnungsgeld,
Verkauf u. Veranlagungs-
Gebühren 10 Pfg.
Im reaktionären Teile
kostet die Seite 50 Pfennig.

Inserate
für die 10. Nummer
müssen spätestens bis vor-
mittags zum 10. Tage in der
Expedition aufgegeben
sein.

Eingetragen in die
Postregulierungs-Liste
unter Nr. 7888.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiſtſtr. 21, Hof 2 Cr.

Expedition: Geiſtſtr. 21, Hof part. r.

Sozialdemokratie und Eisenbahnarbeiter.

Die Beforgnis, daß auch die staatlichen Eisenbahn-Arbeiter dem erfolgreichen Vorgehen der Berliner Straßenbahner folgen könnten, drängt die ministerielle Berl. Korresp. zu erneuten Warnungen vor den Bestrebungen des Verbandes der Eisenbahn-Arbeiter. Die Berl. Korresp. schreibt:

„Daß die Eisenbahner“, sobald erst ihre Berufsorganisation genügend erharkt sein wird, zum Streik aufgelegt werden würden, kann nach den bisherigen Erfahrungen keinem Zweifel unterliegen. Schon aus diesem Grunde sind die sozialdemokratischen Einflüsse rechtzeitig abzuwehren. Unter den Angestellten der Eisenbahnen darf ebensowenig wie unter den Voltbeamteten die Unzufriedenheit Boden gewinnen. Der Vorwärts wird freilich nach Beliebenen Mäntel hinter dem wahllosen Vorwande sich zu verdingen suchen, daß die Eisenbahner lediglich zu einer unpolitischen Berufsorganisation zusammengefaßt werden sollen. Aber selbst Bebel hat in seiner kürzlich gehaltenen neuesten „Mauerungsrede“ zugegeben, daß die Gewerkschaften trotz ihrer „Neutralisierung“ mit der politischen Parteiorganisation in freier inniger Zusammenhang bleiben müßten. Wie Bebel die Neutralität der Gewerkschaften proklamiert, um die nichtsozialdemokratischen Arbeiter anzulocken, so ist auch die den Eisenbahnarbeitern in Aussicht gestellte Aufbesserung ihrer materiellen Lage in Wirklichkeit nur der Deckmantel für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Herrschaftsgelüste. Die Eisenbahn-Arbeiter aber werden sich die Frage vorzulegen haben, ob ihren Interessen besser durch ein laiales Verhalten ihren Vorgesetzten gegenüber aber durch heftigen Kampf auf die Sozialdemokratie dienlich ist.“

Die „sozialdemokratischen Herrschaftsgelüste“ haben sich bisher stets als eine wirkungslose Scheude bewiesen. Auch die Arbeiter des Staats, die eine Erhebung aus der Tiefe, in der die Herrschenden und die Vorgesetzten sie niederzuhalten bemüht sind, erheben, sie lassen sich nicht durch alberne Schwendmächen zum Verzicht auf ihre Wünsche und Hoffnungen herabwürdigen. Sie wissen, daß das „laiale Verhalten“ ihnen nicht einträglich als Demütigungen und färgliche Abfindung in ihren Ansprüchen an Lohn und Arbeitszeit. Sie wissen, daß sie fordern müssen, wenn sie vorwärts kommen wollen, und daß sie organisiert fordern müssen. Sie wissen endlich auch, daß die Bestrebungen der ministeriellen Kassenpresse wider die Sozialdemokratie nur in dem Mangel über Eintreten für die Erhebung der gar sehr verbesserungsbedürftigen Lage der Eisenbahner ihren Ursprung haben.

Was eigentlich hinter dem Geheiß nach der Sozialdemokratie steht, das verrät den Staatsarbeitern die Offenherzigkeit der Post:

„Es wird unter diesen Umständen auch dem minder Schicksaligen bößlich klar werden, wie recht der Herr Direktor der öffentlichen Arbeiten hatte, als er das Abgeordnetenhaus im Interesse der Erhaltung der Disziplin der Eisenbahnbeamten dringend davor warnte, durch ganze oder halbe Zustimmung zu den Wünschen der Eisenbahn-Angestellten diese zur Fortsetzung ihrer Forderungen zu ermuntern. **Kraft durch glatte Abweisung unerfüllbarer Forderungen endlich zur Wiedererzielung der Ruhe innerhalb des Beamtenberufs der Eisenbahnen wirksam beizutragen.** Mit der Konnivenz (Gegenkommen) gegen von der Staatsregierung mit guten Gründen abgelehnte Forderungen auf Gehaltsverbesserungen macht man, von welchen Motiven immer man sich leisten mag, in Wahrheit nur die Geschichte der Sozialdemokraten. Darüber kann jetzt kein Zweifel mehr sein, und man wird hoffen dürfen, daß bei den noch dem Zulammentreit des Abgeordnetenhauses bevorstehenden weiteren Beratungen über Petitionen von Eisenbahnbeamten die richtigen Schlüsse aus dieser Hinsicht gezogen werden.“

Das „laiale Verhalten“, das die Berl. Korresp. fordert, wird von der Post dahin kommentiert, daß die Arbeiter des Staates auf alle ihre Forderungen nach Gehaltsverbesserungen in künftigen Gehörsam verzichten sollen.

Die entlastete Kostenrechnung.

Die Berl. Volkswacht schreibt: Die Marineoffiziere haben bisher verächtlich, von den Steuerachtern die Kostenrechnung für die Flotte in der Weise zu verwickeln, daß sie mit allerlei verwickelten Verhältniszahlen zwischen den einzelnen Baujahren operieren, ohne jemals die absoluten Zahlen zu nennen, aus denen der für die geplante Flotte sich ergebende Geldbedarf glatt herausgesehen werden kann. Dadurch haben sie mit Erfolg erreicht, daß die Wähler, denen der Durchschnittsvermehrungskoeffizient 808 sehr harmlos erscheint, sich gar keine Vorstellung von der durch die Flotte verurichteten Belastung machen können. Wir haben uns von Anfang an bemüht, diesen Lebern nur die absoluten Zahlen zu bringen, indem wir für jedes Schiff nebst Armierung genau den Verflechtungsvertrag angegeben und dazu die fortlaufenden Ausgaben der Marineverwaltung hinzugeordnet. Dadurch konnten wir zu dem einem jeden Leser gemeinverständlichen Resultat, daß der Geldbedarf für die Flotte von 1901 bis 1917 ungefähr

5 Milliarden

betragen werde. Gegen diese Berechnung hat nun seiner Zeit die gesamte offizielle und offizielle Marinepresse Front gemacht: freilich ohne Beweise, daß die Berechnung falsch wäre, sondern nur in dem deutlich erkennbaren Mißgehabe darüber, daß unsere nackten Zahlen den Marineüberwindung der Feigstörne dämpfen könnten.

Aber schließlich, wenn es aus Begehler geht, können auch die begeistertsten Marinisten nicht ohne die nüchternen Zahlen auskommen, denn Krupp und Stumm verlangen bare klingende Münze und begnügen sich nicht mit dem Vlatismus des Durchschnittsvermehrungskoeffizienten 808. Die Budgetkommission hat daher, genau, wie wir es bisher gethan haben, eine Geldbedarfsberechnung für die Flotte aufgestellt. Danach berechnet sich für die Zeit von 1901 bis 1917 der Marinetat folgendermaßen:

Einmalige Ausgaben und zwar:	
Schiffbau und Armierung . . .	1 489 200 000 Mk.
Contingente einmalige Ausgaben (Werk- und Holenbauten) . . .	270 000 000 „
Zusammen	1 759 200 000 Mk.
Fortdauernde Ausgaben . . .	2 070 870 000 „
Demgemäß:	
Gesamtbetrag des ordentlichen Erats	3 830 070 000 Mk.
Dazu:	
Contingente Ausgaben für Marinegewede: Marinepensionsetat	116 540 000 „
Verzinsung der Anleihe	406 590 000 „
Demgemäß: Gesamtkosten für die Flotte	4 353 110 000 Mk.

Hierzu kommt, was die Budgetkommission gar nicht in Anrechnung setzt, obwohl die bisherige Erfahrung es durchaus erfordert, die Verteuerung der Bauflohen, die mindestens 10 Prozent von 5 zu 5 Jahren beträgt, also im Laufe der drei Bauperioden mit 20 Prozent des Bauwertes durchschnittlich in Ansatz gebracht werden muß. Diese Zuschlagssumme beträgt 331 840 000 Mk. Somit erwächst den Steuerachtern aus der neuen Flottensituation eine jetzt schon übergehorene Gesamtlast von

4 Milliarden 704 Millionen 950 Tausend Mark.

Das sind nahezu 5 Milliarden, wie wir es von vornherein berechnet haben. Wohlgerichtet ist — wenn das Reichsmarineamt während der nächsten 16 Jahre auch nicht ein einziges Mal es sich bekommen läßt, neue Schiffsforderungen zu stellen, die über den Rahmen der gegenwärtigen Vorlage hinausgehen, dann, aber auch nur dann, bleibt es bei diesen 5 Milliarden.

Aber daran glaubt, der ist von einem Optimismus befeelt, wie er benedensvertem kaum noch gefunden werden kann. Die Flottenvereine finden ja selbst schon an, daß auch die neue Flotte der pangermanischen Eroberungskommission Deutschlands nicht gewachsen sei.

Die 5 Milliarden sollen nun aus den fortlaufend sich freierwerbenden Einnahmen des Reiches erbracht werden, als ob es einverleitet sicher wäre, daß diese Einnahmen sich wirklich fortlaufend steigern werden. Ein einziges schlechtes Jahr wird die ganze Rechnung über den Haufen. Für diesen Fall sind nun allerlei Steuererbsätze zusammengeliefert worden, Obligationen, Anleihenstempel und Ähnliches. Das ist alles eitel Windwerk. Wenn die Konjunkturfur der Gegenwart einmal nachläßt, und das kann im natürlichen Wechsel der Dinge gar nicht ausbleiben, so halten die Vapallentwerner den Etat nicht zusammen. Dann müssen trotz aller gesetzlichen Reiterationen **die Nahrungsmittel erhalten und in erster Linie das Brotgetreide.** Das kann sich jeder Mensch ansprechen, der da weiß, was für eine Millionenmenge 5 Milliarden sind.

Defensiv freitragt sich die Belastung des Reiches doch auch aus den übrigen Aufgaben, die dem Reiche obliegen. Darüber schreibt die Marinepresse feier Wort. In der Budgetkommission hat das Kriegsministerium jede Auskunft über zukünftige Belastungen loger direkt verweigert und nur mahndend darauf hingewiesen, daß der Reichstag gemäß einer Resolution vom 16. März 1899 der Regierung

7006 neue Soldaten

schuldig sei, welche im Jahre 1903 eingefordert werden würden. Aus der Arbeiterversicherungsgelegenheit erwächst nach amtlicher Auskunft dem Reiche eine Belastung.

England und Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz.

Zeit dem Einzug der Engländer in Johannesburg fehlt es wieder an amtlichen Nachrichten über den Stand der Dinge. Nur so viel ist sicher, daß die mit amtlicher Bestimmtheit verbreitete Nachricht, die Engländer hätten am Mittwoch des Donnerstags Pretoria besetzt, verfehlt war. Allem Anscheine nach sind die Engländer noch in ihrer Zornbe noch nicht Berren der Stadt. — Ueber die Absichten des Präsidenten Kruger verlaunt, er werde nicht ins Ausland flüchten, sondern sich mit dem letzten Rest des Burenheeres den Engländern ergeben; Präsident Steyn dürfte jedoch seine Zuflucht in Europa finden.

Nach weiteren Meldungen aus Brüssel soll Krüger mit 12000 Mann nach Lydenburg abgezogen und fest entschlossen sein, den Kampf fortzusetzen.

Aus Johannesburg meldet Lord Roberts vom 1. d. M.: Die Hochländerbrigade ist am 29. Mai in Heilbron angekommen. Sie fand auf dem gansen Wege von Heilbron nach Herby mehr oder weniger Widerstand und hatte folgende Verluste: 8 Mann tot, 4 Offiziere und 32 Mann verwundet. General Rundle berichtet, seine Verluste betragen 30 Tote und 150 Verwundete.

Die telegraphische Verbindung mit Transvaal ist für das Südafrika geblieben. Nach den letzten Meldungen haben die Burenkommandos in Stärke von etwa 10000 Mann bis Donnerstag alle Positionen und Kopjes um Pretoria besetzt gehalten. Ein anderes großes Burenkommando steht am Bronkhorstpruit.

Die Generale Rundle und Prabant umgalteten die Buren 5 Meilen von Heilbron. Diese können nur über die Grenze des Bantulandes entkommen. Dort aber steht der Hauptling Jonathan mit Tausenden der Bajasos.

Ueber Kämpfe im Norden der Kapkolonie, wo sich noch immer bemannete Burenheeren befinden, werden dem Heuterischen Bureau numerisch am häufigsten folgende Einzelheiten gemeldet: Bei Heilbron in der Nähe von Douglas wurden am 29. Mai 700 Engländer unter Sir Charles Buller von 1000 Aufständlichen umgaltet und angegriffen. Nach heutigem Kampfe wurden die Aufständlichen, die eine Anzahl Tote und Verwundete hatten, zurückgeschlagen. Die Engländer hatten 15 Tote und 30 Verwundete.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 5. Juni 1900.

Prof. Debrick über die Sozialdemokratie. In seinen 70sten Jahrestagen läßt sich Prof. Debrick über die Bedeutung der Sozialdemokratie bei Beilegung der losz Geizne wie folgt vernehmen:

„Ich gehöre zu den Leuten, die nicht so sehr vom Parteigeist eingenommen sind, um nicht hervorragende Eigenschaften und Leistungen auch beim Gegner erkennen zu können, ja, ich gehe, ein glänzend geführter Feldzug macht mir eine gewisse ästhetische Freude, auch wenn ich selber der Richtung anheide, welche dabei eine Niederlage ertreten hat. Einen solchen Feldzug hat jetzt die Sozialdemokratie mit der losz Geizne geführt. Auch wir haben uns ja gegen dieses Geleit erklärt und könnten uns ja inoffiziell an der reinen Siegesfreude hingeben. Wenn wir dennoch die ganze Aktion jedoch nicht bloß als einen Sieg, sondern in gewisser Hinsicht als eine Niederlage ansehen, so liegt die Niederlage in der Thatlage, daß wir diesen Sieg der Sozialdemokratie verdanken und die deutsche Bildung wie der deutsche Liberalismus sich nicht an eigener Kraft haben behaupten können. Die allgemeine Erregung der literarischen und künstlerischen Kreise in Deutschland gab den unentbehrlichen Untergrund ab, aber den Sieg verlieh erst die Entschlossenheit und taktische Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. **Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland überlebt, die Sozialdemokratie hat die Sozialdemokratie etwas anhaben zu wollen, muß sie schwinden. Wir sind so weit, die Partei schon gar nicht mehr entbehren zu können; alle die Kreise in Deutschland, die jetzt mit Dankbarkeit auf den Distributionsfeldzug im Reichstag blicken, würden sich für die Sozialdemokratie erheben, wenn man für mit neuen Ausnahmegeräten zu Werke gehen wollte. Nicht minder beachtenswert als der Scharfbild der sozialdemokratischen Fraktion, mit dem sie erkannte, daß hier eine Gelegenheit lie, wo sie, durch die öffentliche Meinung im Rücken bedekt, die ultimative jeder radikalen Opposition, die Distributions in den Reichstag einführen konnte, ist die Unfähigkeit, mit der die Distributions sofort einstellte, als das Ziel erreicht war, und den Gegnern selbst die Erreichung eines gewissen Kompromisses nicht weiter erwiderte.“**

Zur Kanalvorlage schreibt die Täg. Ansbäuer, die Regierung lege den Wunsch, den Landtag am 13. Juni, spätestens am 20. Juni zu schließen. Die Kanalvorlage ist noch gar nicht fertig. „Wohl aber erwartet man, daß im Staatsministerium noch vor den großen Sommerferien die entscheidenden Beschlüsse über die Kanalvorlage gefaßt werden, so daß dieselbe frühzeitig im Herbst an den Landtag kommen kann. Ob sie denn kommen wird, hängt aber noch von persönlichen Entschlüssen der nächsten Monate ab.“

Die Post bemerkt zu dem Artikel der der Nordd. Allg. Ztg. eine Ablehnung der großen Kanalvorlage durch den Landtag sei beinahe als sicher vorauszuweisen, da auch die Zentrumspresse sich dem gansen Kanalplan gegenüber mehr als kühl und skeptisch verhält. Es sei deshalb zweckmäßiger, sich auf Zeitvorlagen zu beschränken.

Die Importeure von Schweinefleisch und Scheweine legen richten an den Bundesrat die Bitte, die Einführung dieser Fleischsorten auch in Zukunft zu gestatten. Sie führen an, daß ohne die Einfuhr dieser beiden Artikel die in Deutschland zu hoher Entwicklung geübene Fabrikation von Leber-

